

Veröffentlichungssperre bis zur Ratssitzung am 28.11.2017 18:00
Es gilt das gesprochene Wort.

28.11.2017

Haushaltsrede der SPD-Ratsfraktion Korschenbroich

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

der Kurs ist bestimmt. Das erste Etappenziel ist erreicht. Der Haushalt 2018 ist ausgeglichen. Er weist einen Überschuss von 960 TEuro aus. Es ist der erste ausgeglichene Haushalt nach 18 Jahren. Die SPD sieht dies auch als Erfolg ihrer umsichtigen Politik der Haushaltskonsolidierung in sozialer Verantwortung. Der hinter uns liegende Weg war nicht einfach. Er hat uns allen viel abverlangt. Unser eigener Konsolidierungsbeitrag wird bis zum Ende des Planungszeitraums 27,4 Mio. Euro ausmachen. Das Land stellt 11,2 Mio. Euro Stärkungspaktmittel zur Verfügung. Die Entscheidung des Rates vom 27.3.2012 Konsolidierungshilfe zu beantragen war richtig. Durch die Teilnahme am Stärkungspakt haben wir nicht nur Landesmittel erhalten, wir mussten auch nichts in den Pakt einzahlen. Er schaffte die Voraussetzung dafür, dass wir unseren Weg zukünftig wieder in Eigenverantwortung gehen können. Diese Chance müssen wir weiter konsequent nutzen. Wir als SPD sind Garant für eine zukunftsgerichtete Politik. Die weiteren finanzpolitischen Ziele für die Zukunft sind der Haushaltsausgleich im Jahre 2021 ohne Mittel des Landes, der nachhaltige Abbau des strukturellen Haushaltsdefizites, Rückführung der Investitionskredite und insbesondere der Abbau der Liquiditätskredite. Dabei gilt es, die Bürgerinnen und Bürger sowie Gewerbesteuerzahler so gering wie möglich zu belasten, den sozialen Zusammenhalt zu fördern und die Stadt weiterzuentwickeln.

Der Haushaltsausgleich für das Jahr 2018 konnte ohne Erhöhung der Grund- und Gewerbesteuern dargestellt werden. Die Abwassergebühren und die Müllentsorgungsgebühren bleiben ebenfalls stabil. Beim Haushaltsvollzug gibt es sowohl Chancen als auch Risiken. Die Einnahmeposition insbesondere

die Gewerbesteuereinnahmen sind vorsichtig geschätzt. Die Konjunkturerwartungen für das nächste Jahr sind hervorragend. Das Zinsrisiko für 2018 ist überschaubar. Mit großer Sorge muss die Entwicklung der Kreisumlage und der Jugendamtsumlage betrachtet werden. Die Mehrbelastungen würden sich auf ca. 830 TEuro bei der Kreisumlage und 514 TEuro bei der Jugendamtsumlage belaufen. Diese nicht unerheblichen Beträge wirken sich höchst negativ auf unsere Konsolidierungsziele aus. Deshalb darf der Kreis nicht aus der Verantwortung für eine eigene sparsamere Haushaltsführung entlassen werden. Er steht auch in der Verantwortung, die eigenen Entlastungen ungekürzt weiterzugeben. Daraus ergibt sich die Forderung an den Kreis, eine weitere Senkung des anvisierten Hebesatzes vorzunehmen und die Senkung der Landschaftsverbandsumlage in voller Höhe an die Kommunen weiterzugeben. Das Kreisjugendamt leistet eine anerkannt gute Arbeit. In Anbetracht der ständig steigenden Jugendamtsumlage, die insbesondere auch auf die erforderlichen Erweiterungen bei den Kindertagesstätten zurückzuführen ist, ist auch hier zu prüfen, wie weitere Haushaltsverbesserungen erzielt werden können. Dabei scheidet für die SPD eine Erhöhung der Elternbeiträge aus. Die Verwaltung soll ausloten, wie weit weiteres Einsparpotenzial erschlossen werden kann. Dabei ist durchaus die Frage nach einem eigenen Jugendamt, wie auch die Erweiterung der Zusammenarbeit mit anderen Kommunen in die Überlegung einzubeziehen. Es dürfen aber keine Abstriche bei der Qualität und der Leistungsfähigkeit vorgenommen werden. Neben der Verwaltung ist auch die Politik aufgefordert, die Finanzsorgen der Kommunen bei den Umlageverbänden (z.B. Kreis und Landschaftsverband), wie auch im Land und Bund deutlich zu machen und darauf zu achten, dass keine Leistungsgesetze ohne Vollfinanzierung auf den Weg gebracht werden und die Kommunen entlastet werden. Dass dies im Land nicht gelungen ist, zeigt sich bei der zusätzlichen Krankenhausinvestitionsförderung und der Integrationspauschale.

Der Haushaltssanierungsplan sieht für die Jahre 2019-2021 eine Erhöhung der Grundsteuer B auf 600 Hebesatzpunkte vor, um den Haushaltsausgleich nachzuweisen. Die letztjährige Prognose zeigte noch einen Wert von 695 Hebesatzpunkten. Diese Zahl macht deutlich, dass sich die Planungen derzeit positiv entwickelt haben. Trotz des ausgeglichenen Haushalts müssen wir auch in den nächsten Jahren weitere Kraftanstrengungen zur Haushaltsverbesserung leisten und das strukturelle Defizit abbauen. Eine Möglichkeit ist weitere Einsparungen zu erzielen. Dies wird immer schwieriger, da wir im Rahmen von Haushaltssicherungskonzepten und Haushaltssanierungsplänen die gängigen, technisch einfachen und nicht so zeitaufwendigen Maßnahmen bereits umgesetzt haben. Dennoch werden wir auch weiterhin weiteres Einsparpotenzial erschließen müssen. Dabei ist auch auf das Wissen und die

für uns als Stärkungspakteilnehmer kostenlose Beratung der Gemeindeprüfungsanstalt NRW zurückzugreifen.

Die Erträge aus dem Baulandmanagement verbessern in erheblichem Umfang unsere Haushaltssituation. Da das Bauland nicht unendlich vermehrbar ist und die Infrastruktur belastet wird, ist die Realisierung der Gebiete, wie bereits praktiziert, zwingend zeitlich zu strecken. Die Gewerbesteureinnahmen entwickeln sich gut. Es ändert aber nichts daran, dass wir nach wie vor eine Gewerbesteuerschwäche haben. Die Entwicklung bereits erschlossener und die Ausweisung neuer Gewerbegebiete und die damit verbundenen Ansiedlungen weiterer Gewerbebetriebe bietet erhebliches Konsolidierungspotenzial. Für die dringende Erweiterung des Gewerbegebietes Glehner Heide haben unsere Wirtschaftsförderung, die WEK und unser Fachbereich 3 wertvolle Vorarbeiten geleistet. Mit dem Thema Aufstellungsbeschluss zum Regionalplan Düsseldorf beschäftigt sich der Regionalrat am 14.12.2017.

Die diesjährigen Haushaltsberatungen im Hauptausschuss waren von der Zeit mit mehr als sechs Stunden sehr umfangreich. Viele Anträge wurden in die eigentlich zuständigen Ausschüsse verwiesen. Für uns stand wie auch in den Vorjahren eine sozial- und umweltverträgliche Weiterentwicklung unserer Stadt mit qualitativem Wachstum im Mittelpunkt. Den von uns vorgeschlagenen Haushaltsverbesserungen waren umfangreiche Beratungen und Besichtigungen auch zu unterschiedlichen Zeiten vorausgegangen. Als Ergebnis wurde der Rückbau von vier Spielplätzen mit Einsparungen von 20 TEuro beantragt. 10 TEuro gehen in die Haushaltskonsolidierung, 10 TEuro werden zusätzlich für die Anschaffung von Spielgeräten bereitgestellt. Im Stellenplan werden 2 Stellen mit jeweils 0,3 Stellenanteilen reduziert und 2 Beamtenstellen mit dem Vermerk KW versehen. Bei der Brückensanierung Goethestr. könnte bei der Nutzung nur durch Rad- und Fußgänger in den Jahren 2018/2019 ein Betrag von bis zu 200 TEuro eingespart werden. Bei der Organisationsoptimierung Amt 60 wurden für das Jahr 2018 erstmals 67 TEuro als Haushaltsverbesserungen ausgewiesen. Der erste Zwischenbericht Flächenmanagement liegt vor, bedarf aber noch weiterer Gespräche und Beratungen. Nach der fortgeschriebenen Terminplanung sind weitere Zwischenberichte im Frühjahr und Herbst nächsten Jahres vorgesehen. Das Gesamtergebnis mit Vorstellung von Handlungsempfehlungen ist für das Frühjahr 2019 geplant. Die Erkenntnisse aus den weiteren Zwischenberichten müssen bereits in den Haushalt 2019 einfließen. Erst im Frühjahr 2019 wird dann deutlich, wie weit die Einschätzungen der GPA NRW und des Gutachtens über das

mögliche Optimierungspotenzial mit der dann gesicherten Datenbasis übereinstimmen und welcher Gesamtkonsolidierungsbeitrag erzielt werden kann. Aus den im vergangenen Jahr eingebrachten sechs neuen Konsolidierungsmaßnahmen können wir für den Haushalt 2018 bereits ca. 280 TEuro Verbesserungen aus vier Maßnahmen erzielen. Ergebnisse zu den Maßnahmen Wiedereingliederung von Eigenbetrieben und Ausgliederung von Immobilienvermögen liegen noch nicht vor. Sie werden derzeit von der GPA NRW mit externen Beratern erarbeitet.

Der Haushalt 2018 und die mit unserem Kooperationspartner entwickelten Anträge weisen eine Vielzahl von Maßnahmen auf, die die Wohn- und Lebensqualität in unserer Stadt erheblich und nachhaltig verbessern. In Anbetracht unseres strukturellen Haushaltsdefizits sind nicht alle wünschenswerten Maßnahmen direkt umsetzbar, sie sind vielmehr zu priorisieren.

In Korschenbroich besteht ein erheblicher Bedarf an öffentlich gefördertem Wohnungsbau insbesondere für junge Familien, Alleinerziehende, Menschen mit geringem Einkommen und von Altersarmut betroffener Menschen. Dazu zählen alten- und behindertengerechte Wohnungen. Deshalb sollen die im Haushalt vorgesehenen Mittel in Höhe von 2,5 Mio. Euro für den sozialen Wohnungsbau zur Errichtung eines städtischen Mehrfamilienobjektes im Baugebiet Holzkamp-West eingesetzt werden.

Für den Ausbau des Rad- und Fußweges Rhedung Richtung L361 werden Planungsmittel und für die Anbindung Büttger Weg/B230 Gelder bereitgestellt.

Die Bahnunterführung Holzkamp/Püllenweg stellt eine sehr wichtige Verbindungsachse für Kleinenbroich dar. Der dringend notwendige Ausbau der Unterführung mit dem damit verbundenen Kreisverkehr ist im Haushalt dargestellt.

Das Hallenbad erfüllt für die Schulen und Vereine eine wichtige Funktion. Die Attraktivität soll insbesondere für Familien gesteigert werden. Der Nachweis ist im Rahmen einer Kosten-Nutzen-Analyse zu führen. Erste Ideen sind verbesserte Öffnungszeiten, Öffnung in den Schulferien, Ertüchtigung des Innen- und Außenbereichs, Steigerung der Aufenthaltsqualität.

Die Förderung von Familien ist ein wichtiger Baustein unserer Politik. Sie werden beim Kauf von städtischen Grundstücken durch einen Familienrabatt unterstützt. Zudem fördert die Stadt den Mehrfamilienhausbau. Auch der bedarfsgerechte Bau und Ausbau von Kindertagesstätten wird mit absoluter Priorität betrieben. Dabei ist bevorzugt auf freie Träger als Betreiber zu setzen. Investitionen im OGTS-Bereich werden durchgeführt. In den Unterhalt der Schulen wird investiert. Das Programm „Gute Schule 2020“ trägt einen erheblichen Teil der Gesamtinvestitionen. Der Breitbandausbau und die Digitalisierung insbesondere auch der Schulen und Gewerbegebiete werden vorangetrieben.

Der aktuelle Brandschutzbedarfsplan der Stadt Korschenbroich ist die Richtschnur für die Investitionen der nächsten Jahre. Im Haushaltsjahr 2018 ist die Bereitstellung der restlichen Mittel für den Bau und die Gelder für die Einrichtung des Feuerwehrgerätehauses in Kleinenbroich, die Investition in den Digitalfunk und die 10-Jahres-Wartung des Drehleiterfahrzeuges vorgesehen.

Viele Maßnahmen sind nur durch Zuschüsse des Bundes und des Landes und unter erheblicher Eigenbeteiligung möglich z.B. der Tennenplatz in Kleinenbroich. Die Waldsportanlage in Korschenbroich wird im nächsten Jahr mit Kunstrasen und B-Kampfbahn mit Bundesmitteln saniert und ggfl. die Parkplatzsituation verbessert. Auch hier müssen sich die beteiligten Vereine an den nicht bezuschussten Aufwendungen beteiligen.

Es gibt aber auch Maßnahmen, die noch in der Beratung oder derzeit nicht finanzierbar sind. Diese halten wir fest im Blick, um unsere Stadt verantwortungsvoll zukunftsfähig zu gestalten.

Die SPD-Ratsfraktion stimmt dem Haushalt 2018, der Fortschreibung des Haushaltssanierungsplanes, den Wirtschaftsplänen 2018 und den Stellen- und Organisationsplänen zu.

Ich danke für ihre Aufmerksamkeit.

Paul Jahny
Fraktionsvorsitzender

SPD-Ratsfraktion Korschenbroich
Paul Jahny
Danziger Str. 78a, 41352 Korschenbroich
Tel.: 01577 173 45 75
E-Mail: paul.jahny@gmail.com